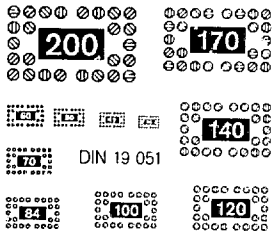

Ziele und Richtlinien

der

Sozialdemokratischen Partei

Rede des Parteivorsitzenden
Dr. Kurt Schumacher, Hannover
auf dem Parteitag am 8.—10. Mai 1946

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek
A 98 - 01206

Dr. Kurt Schumacher spricht:

Genossinnen und Genossen!

Wir sind in einer Periode des Übergangs, in einer Periode, in der sich noch keine Tatsache gestaltet hat, und solange Tatsachen nicht die deutliche Tendenz der Gestaltung haben, würden Programme sinnlos sein. Man kann dem Leben nicht mit dem Dogma befehlen, man muß die Lehren aus dem Leben nehmen.

Man kann einen sittlich, einen wissenschaftlich fundierten Wunsch haben, aber man muß ihn stets mit den Realitäten auseinandersetzen. Wir haben darum kein eigentlich neues Parteiprogramm entworfen, wir haben Ihnen nur eine Manifestation, eine Kundgebung vorgelegt, die Ihnen die Tendenz unserer Politik zeigt und die Öffentlichkeit über das aufklären soll, was wir wollen. Es gibt vielleicht Leute, die erstaunt darüber sind, daß sie noch nicht so bedient werden, als wenn ein sechzig Jahre lang amtierender Parteivorstand da wäre. Aber, Genossen, vor einem Jahre sind wir aus dem Nichts entstanden und nicht so entstanden, wie wir heute beieinander sitzen, sondern als einzelne Männer und Frauen in den einzelnen Städten. Wir wollen also Ihnen darum auch nicht für die einzelnen Fragen fertige Aktionsprogramme vorlegen. Ein Aktionsprogramm, das heute die Gesamtheit der Fragen lösen sollte, wäre ein Wunsch. Wir haben Ihnen über einzelne Fragen Richtlinien zukommen lassen. Die Richtlinien sehen in die allernächste Zukunft, und die Dinge, die uns bewegen, sollen heute und morgen in offener Aussprache zwischen uns diskutiert werden. Die Diskussion ist also noch im Fluß, aber ich glaube sagen zu können,

die Richtung unseres Wollens ist klar und unerschütterlich.

Konkrete Programme brauchen wir. Wir brauchen konkrete Programme nicht nur im Großen, wir brauchen konkrete Programme der Hilfeleistung im täglichen Leben, auch im Kleinen. Es gibt kein zentrales Programm, das uns sagen kann, wie unter den besonderen Verhältnissen eines Kreises oder einer Gemeinde eine akute Notlage gelöst werden kann. Genossen und Genossinnen, ich möchte Sie bitten, den Geist unserer Partei hinauszutragen, den Geist der Selbständigkeit und der freien Entschließung gegenüber Zuständen, die zentral gar nicht überblickt werden können.

Die Gestaltung des täglichen Lebens in all seinen Erscheinungsformen ist also eine Aufgabe, der sich jeder tätige Funktionär zu unterziehen hat. Aber Genossen, es fehlen ja tatsächlich nicht nur bei uns politische Programme, es fehlt uns ja die allererste Voraussetzung für ein endgültiges Programm, nämlich das Wissen darum, wie unser Land einmal aussehen soll. Wir wissen nicht, welche Reparationen wir zu leisten haben, wir wissen nicht, welche ökonomischen Kräfte wir entwickeln dürfen, wir wissen nicht, wie die Grenzen aussehen, und wir kennen auch nicht den moralischen und politischen Standort, den die Siegermächte uns zuweisen, und wenn wir einmal über diese Dinge sprechen, dann müssen wir offen sprechen, dann müssen wir feststellen, daß mit einer Ausnahme keine Siegermacht eine große politisch-moralische Konzeption zur Formung des deutschen Volkes gehabt hat, und die eine Siegermacht, die eine solche Konzeption gehabt hat, die hat eine rein auf sich bezogene und im Effekt für uns falsche und verderbliche Konzeption gehabt.

Trotzdem hat ja jeder unter uns von dieser ausgewählten Mitgliedschaft heute seine Auffassung über die Probleme und den Weg zu ihrer Lösung. Jeder von uns weiß, daß die heutigen Eigentumsverhältnisse in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den tatsächlich vorhandenen gesellschaftlichen Kräften und Notwendigkeiten stehen. Und wenn wir diesen Zustand der Diskrepanz zwischen dem Tatsächlichen und dem Notwendigen weiter tatenlos bestehen lassen wollten, dann wäre das über kurz und lang für uns als Volk, als arbeitendes Volk, der Tod.

Wir haben in den Diskussionen am 5. und 6. Oktober v. J. vielleicht programmatischer gesprochen und diskutiert, als wir es heute wohl tun müssen, denn diese Diskussionen entstammen noch einer Zeit, wo jeder nach der besten Methode suchte. Aber in der Zwischenzeit sind sieben Monate vergangen. Jetzt handelt es sich nicht um das Suchen nach der besten Methode, jetzt sind die aktuellen Probleme an uns herangetreten. Jetzt stehen wir vor der Frage, Tatsachen zu meistern und nicht nur Ideen zu wählen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachten Sie bitte meine Ausführungen und unter diesem Gesichtspunkt führen Sie bitte Ihre Debatte.

Die Lösungen werden auf sich warten lassen. Wir kennen weder die Kompetenz noch die Zusammensetzung der Regierungen der Länder und Provinzen. Wir sind bisher ja eigentlich im Grundsätzlichen noch Funktionen der Politik der Besatzungsbehörde.

Aber wir wollen selbständige Akteure sein.

Das entscheidende Wort in Deutschland scheint heute noch die Verwaltung, die Administration, zu sprechen. Tatsächlich aber entscheidet bereits in Deutschland ein anderes Subjekt und formt das heutige Gesicht der Zukunft. Jemand, der selbständig handeln will, und das ist die politische Partei. Diese deutschen Subjekte sind verantwortlich dafür, wie die deutsche Zukunft aussehen wird. Und sie sind nicht nur unserem Lande verantwortlich, sondern sie sind Europa und der Welt verantwortlich.

Aber wenn wir verantwortlich sein sollen, und trotz aller Zwangsläufigkeiten es auch sind, bitte, dann laßt uns als Freie verantwortlich sein,

denn wir haben eine schwere Aufgabe, eine Aufgabe, die so groß ist, daß die Welt sie vielleicht noch nicht in vollem Umfang erkennt. Wir haben es mit einem Volke zu tun, von dem ein großer Teil noch nicht in das Stadium der Selbstbesinnung und der inneren Einkehr eingetreten ist.

Genossen, wir haben es mit einem Volke zu tun, das in seinen Träumen eigentlich mehr darüber trauert, daß dieser Krieg verloren ging, als daß es darüber trauerte, daß dieser Krieg möglich war und geführt wurde. Und wir haben es mit einem Volke zu tun, das zwar eine große Geschichte des Geistes und der Kultur hat, aber dessen politische Geschichte eigentlich die Geschichte der militärischen Siege des Fürstentums und der Herrschaft gewesen ist. Politisch gesehen, steckt in vielen Deutschen noch so ein Stück vom alten Preußentum. Und ich glaube, in manchem Süddeutschen steckt mehr Preußentum, als in manchem Norddeutschen. Und wir haben heute auch noch eine Art, als Untertan zu fühlen und zu denken, die einfach unmöglich ist.

Genossen, ein sozialdemokratischer Funktionär, der mit einem englischen, amerikanischen oder französischen Militärregierungs-Offizier spricht, und der, bei aller Anständigkeit und Noblesse der Form, bei aller notwendigen Zurückhaltung, die Angehörigen eines besiegten Volkes geziemt, nicht doch den Mut hat, das zu sagen, was er auch in der Parteiversammlung sagt, ein solcher Funktionär gehört nicht zu uns.

Wir haben manches Wort der Kritik an unserem Volke gesprochen, lassen Sie mich auch ein Wort der Anerkennung sprechen. Wenn jemand von draußen nach Deutschland kommt, dann erlebt er sicher, wenn er fühlen kann und wenn er Fingerspitzengefühl

hat, und wenn er seelisch in den anderen eindringen kann, das eine große Wunder, daß nach zwölf Jahren Diktatur noch so viele Menschen innerlich anständig geblieben sind. Und er erlebt das andere Wunder, daß auch Tapferkeit gezeigt wird. Letzten Endes hat auch der kleinste Mann in seiner Lebenshaltung, in seiner persönlichen Moral, in seiner Lebensführung, in der Art, wie er für seine Familie sorgt, eine Leistung gezeigt, die so groß ist, daß wir für diese Haltung unseres Volkes und für diese Art, deutsch zu sein, die Konkurrenz mit keinem anderen Volke zu scheuen brauchen.

Politische Parteien brauchen geistige Fundamente.

Vielleicht kann man sie Weltanschauung nennen. Mindestens brauchen sie gewisse Geschichtsauffassungen. Und da ist die Debatte jetzt in unseren Reihen entbrannt, eine Debatte, die aus dem richtigen Versuch, den Turm zu sprengen, herauskommt in die Allgemeinheit des Volkes, die methodisch manchmal falsche Folgerungen zieht. Wir haben als Sozialdemokraten gar keine Veranlassung, den Marxismus in Bausch und Bogen zu verdammen und über Bord zu werfen. Einmal wissen ja die Kritiker am Marxismus gar nicht, was Marx ist. Zweitens haben aber die östlichen Entwicklungs- und Entartungsformen des Marxismus gar nichts mit dem zu tun, was die deutsche Sozialdemokratie aus und mit Marx macht.

Der Marxismus ist in seinen beiden wichtigsten Formen, der ökonomischen Geschichtsauffassung und der des Klassenkampfes nichts Überaltertes, weil er durch die Realitäten ja wirklich bejaht wird. Er ist kein Ballast. Ich erkenne gern an, daß er nicht eine ausschließliche Begründung des Sozialismus ist, auf die jeder Sozialdemokrat hören muß. Ich gebe jedem Sozialdemokraten gern das Recht, aus anderen Motiven und mit anderen Argumentationen, vom Philosophischen über das Ethische zum Religiösen her, seinen Sozialdemokratismus zu begründen.

Aber, wenn der Marxismus uns auch kein Katechismus ist, so ist er doch die Methode, der wir, besonders in der Analyse angewendet, mehr Kraft und mehr Erkenntnis und mehr Waffen zu verdanken haben, als jeder anderen wissenschaftlichen und soziologischen Methode in der Welt.

Der Klassenkampf ist erst beendet, wenn alle Menschen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben.

Wie immer, wird die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeitenden aller Länder sein, aber wir brauchen nicht die Klassengrenzen so eng zu ziehen. Wir wissen, daß zu uns, daß zu den Arbeitenden alle Menschen gehören, die nicht mit den Mitteln der kapitalistischen Ausbeutung arbeiten. Zu uns gehört der Geistige und der Kulturelle, zu uns gehört der kleinere und mittlere Besitz, zu uns gehören alle diejenigen, die in einem Gegensatz zu den Eigentümern der großen Produktionsmittel stehen. Die Genossen und Genossinnen, das lassen Sie mich offen sagen, sind auch froh über jeden großen Geist und jeden Träger der Kultur, der aus fremden Sphären zu uns stößt. Wir begrüßen auch jeden, der aus einer ganz anderen sozialen Klassenlage zu uns kommt. Er soll bei uns gleichberechtigt und gleichgeachtet sein.

Aber im Tiefsten, Genossen, ist und bleibt die Sozialdemokratie die Partei der armen Leute.

In den politischen Parteien, wie sie sich jetzt herausbilden, sind gar zu viele Kräfte des bloßen Traditionalismus lebendig. Es ist beinahe eine Musterleistung der Ignoranz, wenn wir sehen, wie viele Menschen, die wir früher einmal als politisch aktiv und tüchtig gekannt haben, heute die neuen Situationen nicht verstehen und anerkennen wollen.

Besonders die Führer der wiedererstehenden Parteien leben noch ganz in der Vorstellungswelt der Zeit vor 1933. Sie haben noch gar keine Ahnung, daß eine Welt zusammengestürzt ist und eine neue sich aus ihr herausarbeitet. Sie merken noch nicht, daß ihre Ambitionen auf Herrschaft und Führung gegenstandslos und im Effekt für das deutsche Volk auch ganz uninteressant sind. Die Art der politischen Praxis von damals hat sich im Eiskeller der Diktaturperiode leider nur zu gut erhalten. Es wäre besser gewesen, die vergilbten Manuskripte dieser Menschen wären verbrannt und nicht die wertvolle sozialistische Literatur. Sie wollen den Faden da weiterspinnen, wo sie 1933 haben aufhören müssen.

Das wird besonders dann sichtbar, wenn man die CDU. betrachtet, wie sie glaubt, die taktische und geistige Position des Zentrums der damaligen Zeit ausnützen zu können. Sie ist erstaunt und erschreckt, wenn man ihr klar macht, daß sie nicht mehr in der Lage ist, andere Parteien aus ihrer besonderen Stellung in der Mitte zu dirigieren oder gar zu erpressen.

Ich glaube, es haben in Deutschland noch sehr viel Leute zu lernen, was Demokratie in ihrem eigentlichen Wesen und ihrer Praxis ist.

Ich möchte vor dem auch in der internationalen Presse überschätzten Moment der geistigen Manöverierfähigkeit der Kommunistischen Partei warnen. Ich glaube, im Augenblick wird in der Welt niemand so sehr überschätzt wie die Kommunisten. Kommunisten haben nur eine Stärke, das ist ihre Disziplin. Aber Disziplin haben ja auch die preußischen Unteroffiziere schon gehabt.

Aber für die neue Meisterung und für die neue Erkenntnis der Verhältnisse liefern sie eigentlich nichts mehr als ein Übermaß von schmückenden Vokabeln für das Wort Demokratie. Aber es ist eine Demokratie, die sie falsch aussprechen und mit falscher Orthographie schreiben. Man muß in der Politik den Leuten nicht nur auf das Maul, man muß ihnen auf die Hände schauen. Nicht, was in den öffentlichen Kundgebungen an Demokratie propagiert wird, ist entscheidend für den demokratischen Charakter einer Partei, sondern das, wie diese Partei auch wirklich praktiziert.

Die Revolution von 1918 hatte das Ergebnis einer bürgerlichen Revolution und war doch der Effekt der proletarischen Bewegung, soweit sie nicht auf der Voraussetzung des Sieges der Ententewaffen beruhte. Die von 1945 dagegen ist in ihrer Tatsächlichkeit ein reines Ergebnis des militärischen Zusammenbruches nicht nur deswegen etwa, weil man bei uns willig gewesen wäre, oder weil man bei uns Kämpfe und Opfer unterlassen hätte, sondern einfach deswegen, weil die Staatsmacht, die damals Deutschland beherrschte, ein unvorstellbares Netz von Gewalt und Perfidie über das Land ausgedehnt hatte. Wenn manche Leute das nicht anerkennen wollen, dann müssen wir darauf hinweisen, daß heute Sozialdemokraten in der östlichen Zone Mitglieder der SED. werden müssen. Da haben sie den Anschauungsunterricht, und da können sie dann ihre Kritik, die sie vorher an uns geübt haben, auch einmal an anderen üben. Das moralische Recht, das zu verlangen, hätten wir schon, trotzdem ist, politisch gesehen, dieser Umsturz von 1945 der Zusammenbruch jeder Diktaturidee in Deutschland. Ökonomisch gesehen, ist es der Zusammenbruch der Beauftragten der Diktatur des kapitalistischen Systems im eigentlichen Sinne des Wortes.

Dabei behält sich die Sozialdemokratische Partei in Deutschland vor, alle anderen Parteien unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und den Wert ihrer Zusammenarbeit festzustellen.

Die Frage der Zusammenarbeit ist ja in diesem ersten Jahr keine Frage des freien Willens der Zusammenarbeitenden gewesen. Vielleicht wurde schon in mancher Koalitionsdebatte in der Epoche zwischen 1918 und 1933 die außenpolitische Zwangsläufigkeit für das Zusammenkommen an sich widernatürlicher Koalitionen übersehen. Wenn heute alle Parteien, die irgendwo von einer Militärregierung zugelassen werden, zusammen arbeiten, dann ist es nicht so sehr der Wunsch und der Wille aller dieser beteiligten Parteien, sondern es ist im letzten die Tatsache, daß die effektive Souveränität und Machtausübung eben bei den Militärregierungen liegt, daß sie diese Zusammenarbeit anordnen.

Ich habe kürzlich in der ausländischen Presse eine weinerliche Stimme gelesen, die da sagte, in Süddeutschland erlaubte man, daß die Kommunisten mit anderen Parteien zusammen arbeiten, aber anderswo nicht. Ich möchte feststellen, daß die Kommunisten nicht nur in Süddeutschland, sondern auch in Hannover und anderswo entsprechend

ihrer mutmaßlichen Stärke an den Regierungen der Länder und Provinzen beteiligt sind. Wir haben ihnen keine Schwierigkeiten gemacht. Ich möchte sagen, wir haben ihnen erst manche Tür aufgeklinkt.

Es ist nun so, daß bei diesen politischen Auseinandersetzungen bereits eine entscheidende Herabdrückung des politischen Niveaus im Kampf erfolgt ist. Wir, die wir alle hoffen, daß einmal eine deutsche demokratische Diskussion auf einer anderen Ebene und mit anderen Mitteln vorgenommen werden würde, wir müssen feststellen, daß ein Niveau, das notwendig wäre, bereits verlassen ist. Wir können nur hoffen, daß es nicht endgültig verlassen ist. Im eigentlichen Sinne ist dies der Fall. Infolge der unehrlichen Methoden in der Politik, die gerade von den bürgerlichen Parteien betrieben worden ist. Und im andern ist es die Art der Polemik der jetzt vereinigten Kommunisten.

Nun, Genossen, wir werden diese Parteien beurteilen nach ihrem Beitrag zu ihren Ideen und der Praxis der Planwirtschaft, des Sozialismus, der Demokratie, der Nation und der internationalen Zusammenarbeit.

Es ist schon so, in der Vergangenheit haben sich die Parteien an diesen Problemen enthüllen müssen.

Wir werden es keiner Partei ersparen, zu den großen sozialen und nationalen und internationalen Fragen der Gegenwart Farbe zu bekennen.

Aber wir müssen auch sagen, wir müssen es nicht nur gegenüber den anderen Parteien sagen, wir müssen das auch gegenüber der Militärregierung tun. Die Zustände, die sich allmählich in der deutschen Polizei herausgebildet haben, sind mit einer demokratischen Entwicklung Deutschlands nicht vereinbar. Wir erleben ja eine neue Himmler-Polizei.

Wenn auch die Besatzungsmächte das nicht wollen, sondern den besten Willen haben — die Besatzungsmächte sollen sich doch nicht von Sachverständigen beraten lassen, die nur an sich selbst und an ihr Wohlergehen denken. Meiner Ansicht nach darf der Berater der Besatzungsmächte immer nur die politische Partei sein. Aber heute betrachte ich die Polizei hier in diesem Lande als die Grundlage für eine schwarze Reichswehr.

Wie ist es denn beim Reichsnährstand?

Im vorigen Sommer hat man uns gesagt, wir brauchen die Beamten des Reichsnährstandes, wir brauchen diese Reichsbauernführer, damit der Hunger vermieden wird. Genossen, die Bande sitzt noch da, aber der Hunger ist gekommen.

Und schließlich noch ein anderes Wort. Ich erkenne durchaus an, daß Spezialoffiziere für wirtschaftliche Spezialbranchen den besten Willen haben mögen, aber es geht nicht an, daß sie nach ihrem Ermessen, ohne politische Kontrolle, entscheiden. Die gesamte englische, amerikanische, französische oder sonstige Politik, die muß der Maßstab der Entscheidung auch für die Spezialoffiziere sein. Wir können die großen Ideen und die notwendige Praxis bei der deutschen Neugestaltung nicht von dem Wohlwollen und von der zufälligen politischen Herkunft eines Offiziers abhängig machen. Wir machen die Regierungen der Länder, die jetzt Deutschland beherrschen, dafür verantwortlich.

Nun gibt es in Deutschland keine einheitliche Auffassung von der Demokratie. Es ist schon etwas Richtiges an der Erkenntnis ausländischer Beobachter, die da meinen, der durchschnittliche kleinbürgerliche Deutsche wird gerade so weit rechts wählen, wie die jeweilige Militärregierung es ihm gestattet.

Aber, Genossen, wir müssen den Mut haben, festzustellen, daß sich überall ehrliche und saubere demokratische Kräfte auch in anderen Parteien regen, aber, daß diese Kräfte sich erst in sehr geringem Umfange durchgesetzt haben, und daß das Bild der Partei nicht so ist wie bei uns, wo der Berliner Sozialdemokrat wie der Kölner oder der Nürnberger ist, sondern daß diese politischen Auffassungen, beispielsweise in der CDU., in allen Zonen, in allen Ländern und Provinzen sehr verschiedenartig sind. Wenn

Ihr die Demokratie nach ihrem wirklichen Fundament befragt, dann muß ich mit Schmerz feststellen, daß in Deutschland die Demokratie noch nicht sehr viel stärker ist, als die Sozialdemokratische Partei.

Alle anderen haben erst das Kriegspotential und die Suprematie der angelsächsischen Waffen gebraucht, um ihr Herz für die Demokratie zu erwecken. Wir haben das nicht nötig gehabt.

Wir würden Demokraten sein, auch wenn die Engländer und Amerikaner Faschisten wären.

Wenn die Situation bei den Bürgerlichen schon schlimm ist, bei den Kommunisten ist auch die Demokratie eine ganz distanzlose Frage, es ist die alte aus dem Jargon und dem Milieu der Mitte des vorigen Jahrhunderts bedingte Phrase von der Diktatur des Proletariats, der die deutschen Kommunisten auch heute im Herzen anhängen, die sie von Tag zu Tag mehr von der Ostzone auszustrahlen glauben, aktiv und sichtbar.

Wenn in vielen Deutschen auch noch so sehr die alte Gewohnheit des Geführtwerdens lebendig ist, die Deutschen, die Sozialdemokraten sind, sind die, die nicht geführt werden, sondern die aus freier Erkenntnis sich einordnen wollen. Für die Besitzbürger freilich ist die Demokratie eine bequeme Gelegenheit sich sammeln zu dürfen. Sie betrachten die Sache wie die komischste Figur unter den deutschen Reichskanzlern, der die Friedensresolution von 1917 aufgefaßt hat, so wie ich sie auffasse.

Aber die Sozialdemokratie ist jetzt in Gefahr, aufgefaßt zu werden als Blutspender für Leute, die nur darauf warten, selbst undemokratisch agieren zu dürfen.

Sie wollen eine gewisse Toleranz von unserer Seite, hoffen jedoch auf den Tag, an dem sie uns gegenüber intolerant werden dürfen. Letzten Endes lebt in diesen Leuten die Sehnsucht nach den vergangenen dreizehn Jahren, einer Zeit, in der der Klassenkampf nicht aufgehoben war, aber in der er gebunden und zugunsten des großen Besitzes einseitig wirksam war. Es ist die Sehnsucht nach einer Zeit, in der man den Terror gebrauchen mußte, um die Eventualitäten des Bürgerkrieges zu vermeiden, und in der man zum Kriege kommen mußte, weil ein isoliertes faschistisches Deutschland in der Welt nicht möglich war.

Jetzt soll das deutsche Volk nach dieser seelischen und sittlichen Verwüstung mit den Mitteln der Demokratie arbeiten und muß sich dabei doch schmerzhaft erinnern, daß es vor dreizehn Jahren zu einem großen Teil mit diesen Mitteln nicht recht zu arbeiten verstanden hat. Es ist völlig desorganisiert und es hat zu wenig politische Hoffnung und Zutrauen, und ohne Zweifel ist der tatsächliche Vorgang der, daß wir jetzt beim Abgleiten in dem großen Wellentale sind. Wir sind noch nicht auf dem tiefsten Punkte dieses Wellentales, aber wir haben alle das Gefühl und die Erkenntnis des Abgleitens und des Stürzens, und die Maßnahmen, wie wir mit unseren Volkskräften ergreifen müssen, sind zum großen Teil aus außenpolitischen Machtgegebenheiten noch nicht möglich.

Wir haben eine Periode der künstlichen Stillegung der revolutionären Beeinflussungsbildung hinter uns, aber als Partei und als Land müssen wir aus dieser Periode heraus. Wir können nicht mehr in der Defensive bleiben, sondern wir müssen als Sozialdemokratische Partei offensiv werden.

Das ist unsere Forderung, das ist unsere Haltung. Das Wort von der revolutionären Entwicklung hat für uns jeden Schreck verloren. Wir wissen ganz genau, daß seit langen Jahrzehnten die Welt und gerade Europa in einer Periode weltrevolutionärer Umgestaltung ist. Aber wir wissen auch, daß diese Periode weltrevolutionärer Umgestaltung in das Bewußtsein der Masse nicht in dem nötigen Umfange eingedrungen ist. Die Zeit verlangt von uns bereits Taten des Neubaues Deutschlands, aber die machtpolitischen Verhältnisse — ich denke dabei an unsere Wirtschaft und an die außenpolitischen Verhältnisse unserer Wirtschaft — sind noch in der Periode der Zerstörung. Die Probleme sind da. Ihre Lösung kann nicht länger auf sich warten lassen. Aber die Voraussetzungen müssen noch geschaffen werden.

Ich denke da nur, um ein Beispiel von vielen herauszunehmen, etwa an die Baustoffindustrie oder an die Beschlagnahme von Baumaterialien, ich denke daran, daß viele Leute in diesem Winter ein schützendes Dach über ihrem Kopfe hätten haben können das sie nicht gehabt haben, weil andere Leute versagten. Wir werden erst dann festen Boden unter den Füßen haben, wenn wir genau wissen, woran wir sind, und wir werden erst dann genau wissen, woran wir sind, wenn die Siegermächte eine gemeinschaftliche Regierung und Verwaltung für ganz Deutschland geschaffen haben und die Zonenregelung überwunden ist. Aber bis dieser Zustand in allen staatlichen Organisationen und die internationalen Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind, können wir doch nicht einfach abwarten und mit Sehnsucht daran denken, was wohl am besten daraus geschehen könnte, sondern wir müssen selbst in Aktion treten.

Wir haben, und jetzt will ich offen sprechen, viele schwierige, fast unlösbar erscheinende deutsche Probleme, aber das schlimmste deutsche Problem ist das Siegerproblem, nicht so sehr die Tatsache, daß wir als Besiegte den Siegern gegenüber stehen und die Lasten tragen müssen, als vielmehr die Tatsache, daß die Sieger in ihrer Politik keine gemeinsame Generallinie haben, sondern ein chaotisches Durcheinander.

Ich weiß, diese Probleme werden nicht durch eine Einigung der Siegermächte über die Fragen, die auf deutschem Boden allein entstanden sind, gelöst, ich weiß, daß es Fragen der ganzen Welt sind, und daß wir in die Situation kommen können, daß wir bis zur Regelung dieser Probleme bloß die Objekte der Regelung sind. Aber wir wollen heute, in diesen Tagen bereits daran denken, daß wir mit Subjekt sein wollen, soweit es Deutschland angeht.

Von allen Siegerkrankheiten ist die schlimmste die Sicherheitskrankheit. Ich glaube nicht, daß in Deutschland der Nationalsozialismus eine saubere, gute und politische Idee überwältigt hätte, wenn nicht die Sicherheitskrankheit die Voraussetzung für diesen Nationalismus geschaffen hätte.

Man muß jedem Volke ein gewisses Minimum seiner nationalen Selbstachtung gestatten, wenn man es zu einem Volke der Zusammenarbeit und des Friedens machen will.

Und wenn in der Vergangenheit diese Sicherheitskrankheit vom Westen schon so schlimme Folgen gezeitigt hat, wie soll es erst werden, wenn dieselbe Krankheit vom Westen und Osten auf uns eindringt.

In der Hauptsache sind wir uns ja einig. Wir wollen unbeirrt festhalten an der Idee der Freiheit und der Völkerverständigung, aber wir wollen auch der Welt sagen, daß wir glauben, daß bei den Maßnahmen, die jetzt gegenüber Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht ergriffen worden sind und ergriffen werden, ein bißchen zuviel von der Gefahr der Wiedererstarkung des deutschen Revanchegeistes und des deutschen Kriegspotentials gesprochen wird. Jedenfalls wird soviel davon gesprochen, daß ein wirklicher Aufbau Deutschlands dadurch unmöglich gemacht wird. Eine gewisse ökonomische und industrielle Substanz ist für das deutsche Leben in jedem Falle nötig.

Nach den Äußerungen der verantwortlichen Staatsmänner in und nach dem Kriege soll das deutsche Volk weder ausgerottet noch versklavt werden, aber praktisch begeben sich besonders an der Peripherie des deutschen Raumes heute Zustände, die der Ausrottung und Versklavung heute so ähnlich sind, wie ein Ei dem andern. Wir müssen hier über die Minderung des deutschen industriellen Potentials sprechen.

Wir Sozialdemokraten sind völlig damit einverstanden, daß das gesamte deutsche Kriegspotential vernichtet wird, aber wir sind nicht damit einverstanden, daß gesagt wird, ihr könnt schließlich mit jedem Hammer und Nagel Waffen schmieden. So geht das nicht.

Wenn wir mit ganzem Herzen bei der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials sein sollen und sein werden, dann soll man uns den Aufbau des deutschen Friedenspotentials erlauben. Eine noch so große Demontage aller Industriezweige erreicht ja das eigentliche Ziel der Sicherheitspolitik nicht. Ein Volk von hungernden und verhungernden Menschen ist kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Verstärkung der Fäulnis und der Zersetzung.

Man muß uns ein industrielles Friedenspotential lassen, das uns ermöglicht, nicht nur die Arbeiter zu beschäftigen, sondern auch Exporte in dem Umfange zu machen, daß wir unsere Rohstoffe und unsere Lebensmittel selbst zahlen können. Wir wollen diesen fürchterlichen Zustand gar nicht haben, daß die Sieger uns heute Reparationsleistungen in Gestalt von Lebensmitteln geben, sondern wir wollen mit unserer eigenen Arbeit und mit unserer eigenen Kraft diese Dinge leisten.

Man braucht nur daran zu denken, wie ungeheuerlich die Propaganda vor der Vereinigung war. „Ihr müßt Kommunisten werden, dann werdet ihr eure Industrie behalten", und dann ist die Einigung zwangsweise erfolgt und die Ausschlachtung der Industrie hat in einem Maße eingesetzt, das alles Vorhergehende übertrifft. Wir im Westen lassen uns nicht dumm machen.

Die Genossen im Osten hätten sich auch nicht dumm machen lassen, aber sie sind stumm gemacht worden.

Wenn ich sage, sie sind stumm gemacht worden, dann möchte ich im Namen des Parteitages noch eins hinzufügen: Wir grüßen diese stumme Armee, die hunderttausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die dasselbe wollen, was wir auch wollen.

Wir hoffen auf den Tag des internationalen Ausgleichs, wo innerhalb der deutschen Grenzen jeder nach seiner freien Erkenntnis und freien Meinung sich seine freie politische Partei wählen kann. Und ich möchte in diesem Zusammenhange ein Wort — sie brauchen es nicht, aber sie werden es von uns annehmen — ein Wort für unsere Berliner Genossen sagen. Diese Berliner Genossen haben gezeigt, was es heißt, wenn sich Männer und Frauen um die Freiheit des Geistes und um die Freiheit der Persönlichkeit wehren wollen. Wir haben den Finger auf die eiternde Wunde der Welt gelegt. In Deutschland wollen die Menschen Demokraten sein, und man erlaubt es ihnen nicht. Dieser Krieg aber ist angeblich für das Recht der Demokratie geführt worden.

Nun werden wir in einigen Jahren zwar den Lebensstandard von 1932 erreichen, ich muß aber feststellen, daß dieses der Lebensstandard war, unter dessen Voraussetzungen Adolf Hitler zur Macht gekommen ist. Trotzdem ist es für uns heute ein beinah unvorstellbares Ideal. Ich glaube, daß die Kapazitätsbemessung bei den wichtigsten Rohstoffen wie Stahl oder die Industriepläne Dinge sind, die sehr vorübergehenden Charakter haben.

Ich möchte in Sachen der Friedenspolitik keine Linie des bloßen Revisionalismus predigen, sondern sagen, daß die eminente Notwendigkeit der Ökonomie, der Politik und des Geistes diese Dinge ändern werden und müssen, und daß wir jeden Tag bereits von neuem ein Stückchen weiter an diese Änderung herankommen. Denn alle Arten von Plänen, von Abkommen, von Beschlüssen kommen doch heute auf dem Wege des politischen Kompromisses zustande. Wie soll aber das deutsche Volk wirtschaftlich leben, wenn fremde Politiker untereinander Kompromisse machen. Danach kann man die deutsche Ökonomie nicht gestalten. Es braucht bloß einer der Partner, die diese Kompromisse machen, den Weg zu wählen, eine möglichst niedrige Quote zu verlangen. Dadurch wird das Kompromiß auf einer sehr viel tieferen Ebene zustande kommen als notwendig ist und vernünftig wäre.

So wird der Zustand der Verelendung auch bei uns im Westen erzeugt, und ich stelle Ihnen anheim zu glauben, ob die Leute, die eine Politik der Verelendung treiben, in ihrem eigenen Machtbereiche gewillt sind, diese Politik durchzuführen, oder ob sie nicht viel mehr den anderen Ländern zumuten, sie durchzuführen, um sich unpopulär zu machen.

Wir können mit den Mitteln der Taktik und des Hoheitswillens nicht zum Neubau der deutschen Wirtschaft kommen. Es gibt eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie. Es gibt eine ausreichende Sicherung für den Frieden

und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. Aber diese ausreichende Sicherung kann nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle.

Ich brauche nicht an die Gefahren zu erinnern, die darin liegen, daß vor 1933 es ja nicht die bürgerliche Regierungstätigkeit, sondern die Privatleute und privaten Konzerne gewesen sind, die die Regierung Hitlers erst ermöglicht haben. Wir brauchen konstruktive Aktivität und sozialistisches Planen und Handeln, aber dazu brauchen wir auch freie Hand. Man muß uns diese lassen. Die Periode der Tatenlosigkeit, der Agonie und der Passivität ist in der wirtschaftlichen Verfassung der Grund des grauenhaften sozialen und menschlichen Verfalls, der sich neuerdings wieder bemerkbar macht. Ich weiß nicht, ob es gelingt, in Deutschland zentrale Stellen zu schaffen, und es sieht aus, als ob es nicht gelingen würde.

Dann muß aber die Aktivität auf jeden Fall in den Zonen, Ländern und Provinzen ergriffen werden. Von unten nach oben gibt es keine Stelle, die von der Verpflichtung entbunden werden könnte, und wenn unser Parteitag heute einen politischen Sinn hat, dann ist es der, aufzurufen und wachzurütteln. Fortzukommen von Worten und hinzukommen zum Handeln und Gestalten. Wir können uns die ganzen Diskussionen, die jetzt gepflogen werden, nicht mehr leisten. Was soll der Unsinn von der Unterscheidung zwischen östlichem Sozialismus und westlichem Kapitalismus. Wir glauben nicht, daß die ökonomische Struktur des Ostens sozialistisch ist. Wir sehen dort einen zentralistischen, diktatorischen Staatskapitalismus. Wir glauben auch nicht, daß die Verhältnisse im Westen einfach kapitalistisch sind. Dazu sehen wir zu viele Bemühungen der Labour-Party, der französischen Sozialisten usw.

Aber ein Land, ich möchte sagen, nicht nur mit den ökonomischen Voraussetzungen, sondern auch mit der geistigen Tradition Deutschlands, darf und kann sich in Sachen des Sozialismus nicht hintenanstellen. Dieses Land muß vorn sein und wenn es zertrümmert ist und noch so wenig hat. Dieses Deutschland von Marx und Engels, von Lassalle und Bebel hat ein Anrecht darauf, in der sozialistischen Gestaltung der Menschheit in vorderster Linie zu stehen.

Ich weiß, in manchen anderen Ländern sind die Grundlagen der Arbeiter-Bewegung auf einer anderen Basis entstanden. Und doch, die sozialistische internationale Arbeiterbewegung wäre nicht möglich ohne die deutschen Sozialdemokraten.

Wir müssen auch Sozialisten sein! Unser Sozialprodukt reicht nicht aus, um uns den Luxus einer planlosen Unternehmer-Profitwirtschaft zu leisten. Wir brauchen unser Sozialprodukt nicht für Kapitaldividenden, Unternehmerprofite und Grundrenten. Wir brauchen unser Sozialprodukt für geleistete Arbeit, und zur Hilfe für die, die nicht mehr arbeiten können. Sozialökonomische Krisen sind politische Krisen, und wenn sie politische Krisen sind, dann können sie nicht bloß mit ökonomischen Mitteln, sondern müssen auch mit politischen Mitteln gelöst werden. Die Zahl der Proletarier ist gestiegen. Hütet Euch, das so naiv zu nehmen, im Sinne des Fabrikarbeiters. Die Zahl der Halbproletarisierten oder auch der völlig Proletarisierten, in deren Bewußtsein der Zwang zu einer neuen Geisteshaltung noch nicht gedrungen ist, ist groß. Und das sind die Kreise, die wir haben müssen, wenn wir uns durchsetzen wollen.

Die Planung ist die allererste Voraussetzung zur Vermeidung der deutschen Katastrophe und wir erleben bereits eine Opposition in den bürgerlichen Parteien gegen diese Planwirtschaft.

Die KPD. will ich gar nicht erwähnen, denn die KPD. ist in der Lage, jeden Tag ein anderes und neues Programm zu produzieren. Aber wir erleben auch in der Wissenschaft das Wiedererstehen neuer privatwirtschaftlicher Ideologien und Lehrmeinungen. Der Kapitalismus der bürgerlichen Menschen ist noch lange nicht tot. Ebenso wichtig wie die Fragen der Organisation in Betrieben, in der Versorgung, in der Absatzverteilung ist die planmäßige Reihenfolge in der Bedarfsdeckung.

Der Welt wollen wir zu unserem Teil beweisen, daß es auch einen europäischen Sozialismus gibt und daß in diesem europäischen Sozialismus der deutsche Sozialismus ein nicht weg zu denkender Bestandteil ist. Das ist die Aufgabe des Tages.

Entweder wird es uns gelingen, Deutschland in seiner Ökonomie sozialistisch und in seiner Politik demokratisch zu formen, oder wir werden aufhören, ein deutsches Volk zu sein.

Ich weiß, es gibt keinen Sozialismus ohne soziale Reformarbeit und es wäre sinnlos, sie zu schmälern und zu verkleinern. Wir brauchen die soziale Reformarbeit und wir brauchen eine Sozialpolitik. Aber soziale Reformarbeit ist noch nicht revolutionäre Umgestaltung und sozialpolitische Veränderung ist noch nicht entscheidende gesellschaftliche Veränderung. Wir brauchen trotz alledem als aktuelle Tagesaufgabe den Neubau der sozialen Versicherungen und wir brauchen auch eine Hilfe für die Kriegsbeschädigten, trotz aller Währungsschwierigkeiten.

Es ist nicht wahr, daß diese jungen Menschen Nazis aus eigenem Willen gewesen sind, es ist wahr, daß diese jungen Menschen die Opfer der Zeit und einer übermenschlichen Verführung gewesen sind. Und wenn ich heute zusammengeschossene Kriegsbeschädigte sehe, sehe ich in ihnen nicht Nazis, sondern das Opfer der Nazis.

Von eminent politischer Bedeutung werden diese Ansichten bei der Lösung der Flüchtlingsfrage. Man hat in Deutschland sehr viel mit dem Wort national gearbeitet, und ich glaube, nirgends ist soviel über nationale Dinge geschwatzt worden, wie in unserem armen Land, aber nirgends hat sich auch ein so großer Teil national so minderwertig gezeigt, wie jetzt die Besitzbürger gegenüber den Flüchtlingen. Und alle, die es hören wollen, können es hören:

Wir machen die Sache der Flüchtlinge zu unserer eigenen Sache.

Wir sind in einer Periode, in der nur ein radikaler Bruch mit den überlieferten und überkommenen Eigentumsverhältnissen helfen kann. Jetzt gilt es, die Welt des Scheins und der Fiktion radikal umzugestalten im Sinne der Erhaltung des Lebens und der sozialistischen Formen. Es hat keinen Zweck, an diesen Fragen von außen herumzudoktern. Wir sind eine Partei, die bei der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel in der Hand des Großbesitzes doch das kleine und mittlere Eigentum schützen will. Heute geht es um mehr, als um die Technik der Vergesellschaftung.

Heute sind wir ein Volk, von dem etwa 35 Prozent noch alles, was es einst hatte, besitzt, ja noch mehr, nämlich dadurch, daß es einen Wertzuwachs erfahren hat. 25 Prozent haben fast nichts, aber doch wenigstens die Möglichkeit, die allerschlimmsten Nöte des Lebens durch persönliche und menschliche Vermittlung auszugleichen. Aber 40 Prozent haben gar nichts.

Und wenn das so ist, dann soll die Welt denken, Deutschland ist ein Land ohne Macht, aber was jetzt politisch und sozial auf seinem Boden geschieht, das wird für Europa von entscheidender Bedeutung sein. Wir leben tatsächlich in dem Zustand der latenten sozialen Revolution. Es ist keine Revolution auf den Barrikaden, aber es ist eine rechte Revolution. Es ist Tatsache, daß ein Zustand da ist, der sich nicht mehr ertragen läßt. Er wird jetzt dirigiert durch zwei Momente; durch die Bajonette der Siegermächte und durch die Resignation. Aber beides sind keine Momente, die auf die Dauer solche Zustände erhalten können, nein, es gibt noch ein drittes Moment, und das ist ein Moment der Anerkennung für unser Volk.

Ich möchte den Besitzenden und den Siegern sagen: Erhaltet dem deutschen Volk diesen letzten Fundus seines moralischen Bewußtseins.

Wir brauchen nicht nur die Hilfe in der Ernährung, wir brauchen nicht nur die Kalorien des Weizens und des Fetts, wir brauchen auch die politischen und moralischen Kalorien der Zuversicht und der Hoffnung. Wir brauchen einfach auch von der Welt einmal ein Wort, daß sie sich Deutschland einfach nicht anders vorstellen kann, als ein sozia-

listisch gestaltetes Deutschland. Wir brauchen von der Welt die Bestätigung, daß Deutschland niemals kapitalistisch wieder aufgebaut, sondern nur sozialistisch wieder neu erbaut werden kann. Auch moralische Kalorien haben ihre Nährkraft.

Die deutschen Menschen müssen die Hoffnung haben, über einen Zustand hinweg zu kommen, in dem sie nicht mehr Objekt der kapitalistischen Ausbeutung, sondern Subjekt sozialistischer Gestaltung sind. Wenn wir diese Hoffnung haben, dann halten wir alles aus. Aber wenn das nicht kommt, dann lehnen wir die Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft ab. Die Verschärfung der Klassengegensätze ist jetzt nicht eingetreten durch die Verstärkung der kapitalistischen Faktoren, sondern sie ist eingetreten durch die Verarmung und durch die Verelendung. Kompliziert und unerträglich gesteigert wird die Situation durch den großen Hunger.

Wir brauchen uns nichts vorzumachen, mit den Rationen von heute können wir nicht leben. Man kann vielleicht vegetieren, aber man kann nicht produzieren.

Produktion ist notwendig. Wie notwendig sie ist, zeigt am besten das Beispiel des Ruhrgebiets und des Kohlenreviers. Die effektive und psychologische Auswirkung der Herabsetzung der Rationen zeigt sich deutlich bei der Kohlenförderung. Wenn jetzt Defaitismus und Nihilismus noch in die Stimmung der Bevölkerung eindringen, dann sehen wir keinen Ausweg. Ich habe dazu eine Bemerkung zu machen: Siegen, meine Herren, ist kein leichtes Geschäft, nur ein totalitäres Land ist fähig, einen Sieg bedenkenlos auszunützen — ein demokratisches nicht. Zunächst mag es gehen, dann kommt die Krise wieder und vertagte Krisen sind in ihren Auswirkungen schlimmer, als aktuelle Krisen. Für demokratisch regierte Länder ist aber der Sieg eine Bürde, eine unglaubliche Bürde, denn für sie wird nach einem totalen Sieg die Problemstellung noch komplizierter und schwieriger als sie vor dem Kriege gewesen ist.

Wir wissen, daß England und Amerika diese Bürde durch eigene Leistungen und Opfer abzuwälzen sich bemühen. Wir wissen, daß sie viel für uns getan haben und noch für uns tun, und es ist für uns keine Überraschung, wenn wir aus den Zahlen Dr. Daytons lesen, was an englischen Reparationsleistungen an Deutschland ohne Gegenleistung gezahlt wird. Und wir wissen auch, daß wir bei der Versorgung mit Lebensmitteln der europäischen Völker am Schluß der Völkerschlange stehen. Das verdanken wir den verruchten Nazis.

Wir wissen aber auch, daß wir gegen diese Nazis gekämpft haben mit dem Einsatz unserer ganzen Persönlichkeit bevor irgend jemand anders in der Welt daran gedacht hat.

Aber wenn wir das alles wissen und wenn wir das mit Hochachtung anerkennen, so hilft uns doch nichts darüber hinweg, daß wir unser Volk nicht verhungern lassen wollen.

Das Dritte Reich mag sich noch so grauenhaft an der Welt vergangen haben, wir, die wir in Deutschland sind, fragen immer wieder im Ausland und in England, ob auch alles geschieht, um das Verhungern zu vermeiden. Und wenn ich an die Geschichte früherer Hungerkatastrophen in China oder Indien denke, dann fällt mir immer die Tatsache ein, daß bei den Farmern und mehr noch bei den großen Getreidehändlern eine Taktik der Zurückhaltung der Weizenvorräte zu beobachten war in dem Augenblick, wo das Wort Hunger erklungen ist, um die Preise höher zu schrauben. Wir würden gerne jeden Preis zahlen, aber wir können ja bei unserem Status des Exports nicht einmal die niedrigsten Preise zahlen. Dagegen alle moralischen und ökonomischen Kräfte der Welt aufzurufen, ist die Pflicht unserer Partei.

Wir haben auch gegenüber den deutschen Landes- und Provinzialregierungen stärker unterstrichene Forderungen zu stellen. Es geschieht nicht genug in der Frage der

Enteignung des Grundbesitzes

und der Neueinsetzung von gutwilligen Bauern. Es geschieht auch deswegen nicht genug, weil nicht in jedem Falle jede Persönlichkeit der Besatzungsmacht

das Fingerspitzengefühl für das Notwendige hat. Seien wir uns doch im klaren, genau wie wir uns im Stadium der latenten Revolution im industriellen befinden, genau so unmöglich ist die Tatsache, daß es heute in Deutschland noch einen Großgrundbesitz mit eigenem sozialen und kulturellen Lebensziel gibt.

Wir müssen die radikale Agrarreform haben und wir müssen diese radikale, produktionssteigernde, genossenschaftlich zu fördernde und viele Neubauern schaffende Agrarreform haben.

Wir sind bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der mit uns diese Agrarreform machen will, aber wir sind auch bereit, gegen jeden loszugehen, der da nicht Initiative, Energie und Freude an diesem Werk zeigt. Wir würden da auch gegen unsere eigenen Leute losgehen müssen.

Diese Schaffung des Neubesitzes scheint mir sozial die erste Voraussetzung zur Lösung der Frage der Ostflüchtlinge zu sein. Wir wollen dabei aber nicht in eine Sentimentalität verfallen. Der deutsche Großgrundbesitz hat in seinen Verhältnissen auf dem Lande Zustände in sozialer Hinsicht geduldet, die himmelschreiend sind. Der Großgrundbesitz hat, wie der rüstungsindustrielle Großkapitalismus, eine Politik des Krieges getrieben, und der deutsche Großgrundbesitz ist letzten Endes die soziale Grundlage des deutschen Militarismus und des Nachwuchses des jungen deutschen Führerkorps gewesen. Und das eine sage ich ihnen, eine Agrarreform macht man nicht mit der modernen Planwirtschaft, wo man den Bauern kaum noch eine Ziege oder eine Kuh läßt. Das ist keine Agrarreform, sondern die katastrophale Erschwerung der Ernährungslage für lange Jahre. Nur Sozialismus und Demokratie, das sind die Gebote der Stunde, aber die Kapitalisten und Bürokraten sind sehr oft noch die Herren der Situation. Und da müssen wir den Besatzungsmächten sagen, mit den Kapitalisten und reaktionären Bürokraten wollen wir nicht zusammen arbeiten.

Es gibt auch wieder Klassen. Wir haben in den Westzonen erhebliche Teile der alten politischen Klassen, und wir haben in der Ostzone ein Bild der Klassen der neureichen Profiteure der politischen Situation, genau so wie im Dritten Reich. Wir haben dort das Bild, daß Beamte Kommunisten und Kommunisten Beamte sind, trotzdem beide dazu nicht tauglich waren, wir haben das Bild einer Fäulnis und Korruption wie im Dritten Reich.

Genossen, wir wollen dabei den Besatzungsmächten sagen, die Deutschen erscheinen sehr erziehungsbedürftig und sie sind es in der Tat, aber auch die Demokratie und die demokratische Praxis in Deutschland haben eine große Tradition und haben in dieser Tradition, trotz der Niederlage von 1933, auch ein echtes Stück Lebenskraft. Diese Lebenskraft zu fördern, ist auf weite Sicht gesehen klüger, als an ihr herumzuschneiden.

Eine gewachsene Demokratie ist eine stärkere Potenz, als eine aufgepfropfte Demokratie.

Es gibt in dieser Hinsicht besonders eine Frage, die wir zu berücksichtigen haben. Wir Sozialdemokraten halten die personelle Aufspaltung der führenden Beamten in ein unbesoldetes und politisches Berufsbeamtentum für falsch.

Wer in Deutschland als Beamter von sich sagt, er sei unpolitisch, ist ein Reaktionär.

Ich möchte das sagen, da wir in hohen Stellen noch zu viel frühere Nazis haben und noch viel zuviel Leute aus dem deutschnationalen Lager und aus dem Lager der Harzburger Front. Vielleicht werden die Herren von den Besatzungsmächten es nicht verstehen, wie erfolgreich eine antibritische und antiamerikanische und antifranzösische Stellung damit in gewissen Schichten der Bevölkerung von gewissen politischen Richtungen erzeugt wird, denn psychologisch liegen die Dinge so, daß die arbeitende Bevölkerung Zustände vorfinden muß, bei denen sie nicht mehr denken kann, daß alles beim alten geblieben ist. Heute denken noch große Teile der arbeitenden Bevölkerung so,

und das ist auch der Grund, warum die Nazis sich bereits wieder etwas zu rühren wagen. Wir wissen ja, daß das in den einzelnen Zonen und innerhalb dieser Zonen in einzelnen Ländern verschieden ist, wir wissen auch, daß die Bildung einzelner Zonen und vermutlich auch die Bildung der fünf Staatssekretariate nicht gerade Dinge der nächsten Zukunft sein werden.

Aber wenn einmal vor dem Zustandekommen einer deutschen politischen Regierung — und erst wenn wir eine politische Regierung haben, haben wir Deutschland —, wenn einmal vorher aus politischen Notwendigkeiten Staatssekretariate geschaffen werden, dann möchte ich darüber hier ein offenes Wort sagen. Es hat keinen Zweck, wenn die Interalliierte Kontrollkommission die obersten Spitzen der leitenden Beamten im Wege des Ausgleichs zwischen den vier Mächten besetzt, und dabei die in der Ostzone bereits bestehende Zentralverwaltung als Grundstock bestehen läßt.

Staatsverwaltung, zentrale Staatsverwaltung kann nur geschaffen werden, wenn sie neu gemacht wird vom untersten Portier bis zum obersten Staatssekretär. Wenn man aber weiter versucht, die Methoden anzuwenden, wie sie jetzt von hinten herum anzuschaukeln versucht werden, dann werden wir den Mund öffnen und werden schreien, daß die ganze Welt uns hört.

Wir wollen nicht, daß die chinesische Mauer zwischen den drei Westzonen und der Ostzone, die westlich der Elbe sich hinzieht, auf einmal westlich des Rheines neu verlegt wird,

denn diese chinesische Mauer wäre nicht ökonomisch oder politisch, sondern sie wäre auch kulturell der entscheidende Schlag gegen die europäische Kultur. Vielleicht kann die Welt auf die deutsche Kultur verzichten, ob sie aber auch auf die französische Kultur und auf die Kultur der vielen kleinen, aber sehr entwickelten Völker Westeuropas verzichten kann, möchte ich bezweifeln. Die Welt würde bis zur Unerträglichkeit ärmer werden. Wir wollen keine Nivellierung der Kultur.

Für uns ist das nationale Moment nicht das Moment der Machtpolitik, für uns ist das nationale Moment das Moment der Selbständigkeit der Kultur.

So haben alle großen Sozialisten der Vergangenheit gefühlt, und so bekennen wir es auch heute. Der Zentralismus, der heute vom Osten her gepredigt wird, das ist ja nicht der große Nationalgedanke, auch wenn er sich so ausgibt, sondern der Zentralismus hat bei seinen deutschen Trägern vielleicht gewisse psychologische Voraussetzungen an Hand der Tatsache eines alten Preußentums. Tatsächlich ist der Zentralismus ein taktisches Manöver.

Wir bekennen uns als Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit allem Nachdruck zu einem einheitlichen deutschen Reich, aber wir denken nicht daran, das bankerotte Preußentum mit Hammer und Sichel wieder erstehen zu lassen, sondern wir haben eine konstruktive Idee, wie aus den heutigen Zuständen heraus Deutschland einmal wieder werden soll.

Daß wir diese konstruktive Idee nach 1918 nicht hatten bzw. nicht durchzuführen verstanden, daß ist die Schuld aller politischen deutschen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratischen Partei. Und auch heute findet man überall bis tief in den Kreis der Sozialdemokratie noch eine Art reaktionär föderalistischer Einstellung. Wir müssen jetzt doch Deutschland werden. Deutschland wird werden auf der Grundlage der Länder, d. h. als Tatsache gesprochen, auf einer föderativen Grundlage, aber diese deutschen Länder sollen keine Politik föderalistischer Tendenz treiben, und das ist der Unterschied. Mit Tatsachen kann man sich abfinden, Tatsachen kann man modeln, aber es kommt auf den Geist an, in dem sie geformt werden, denn vom Föderalismus ist es nur ein kleiner Schritt zum Partikularismus und ich habe schon manchen Anhänger des Partikularismus im Separatismus ersaufen sehen.

Nun, Genossen, die deutsche Jugend will doch von diesen Dingen nichts wissen, die deutsche Jugend will nicht wissen, wer der beste Oldenburger, Bayer oder Westfale ist,

die deutsche Jugend will nur wissen, wer erhält uns unser Land und läßt uns in diesem Lande eine Zukunft erblicken.

Die Sozialdemokraten dürfen nirgends, sei es in Oldenburg, am Rhein oder in Bayern, in Sachen der föderalistischen, der zweckbetonten, der von der Freiheit weggehenden Politik in Konkurrenz mit den bürgerlichen Parteien treten. Föderalismus als Zweckpolitik werden die Bürgerlichen immer besser können, genau so, wie es sinnlos gewesen wäre, wenn wir 1933 mit Herrn Hugenberg oder Herrn Hitler in Konkurrenz in Sachen des Nationalismus getreten wären oder mit den Kommunisten in Sachen des Radikalismus. Hier in eine Konkurrenz gehen, heißt in eine Niederlage gehen. Wir müssen die Kraft haben, dort, wo solche Tendenzen sind, bei voller Anerkennung der föderativen Grundlage uns mit aller Entschiedenheit gegen eine föderalistische Stimmung zu wenden, d. h. wir müssen die Kraft haben, gegen den Strom zu schwimmen. Es ist nicht wahr, daß jeder, der gegen den Strom schwimmt, sein Ziel nicht erreicht. Wahr ist, daß nur die zugrunde gehen, die vorzeitig kapitulieren. Wir haben jetzt zum Beispiel verschiedene Ergebnisse dieser Art am Rhein und in Süddeutschland gehabt. Ja, glaubt denn einer von Euch, daß die Sozialdemokratie mit der Rheinischen Volkspartei in Sachen des Föderalismus — lies Separatismus — konkurrieren könnte? Glaubt einer von Euch, daß er wahlpolitisch in Sachen des Föderalismus mit der CDU. in Bayern konkurrieren könnte?

Nein, wenn man mit feindlichen politischen und klassenmäßig feindlichen Strömungen kämpfen will, muß man die Courage haben, auch das Gegenbanner aufzuziehen.

Wir brauchen es den Leuten nicht erst beizubringen, sich als Westfalen oder Rheinländer zu fühlen, Lokalpatriotismus dieser Art steckt in den Deutschen überall.

Wir brauchen die Feststellung der Tatsache, daß vom Tage ihrer Gründung ab die Sozialdemokratische Partei eine Reichspartei gewesen ist, und wir brauchen auch nicht eine Diskussion, ob Staatenbund, ob Bundesstaat. Staatenbund wäre eine lockere überföderalistische, völkerrechtliche Angelegenheit. Staatenbund ist nicht Bund, nur Bundesstaat ist Deutschland. Wenn einmal die Länder in nationalstaatlichem Rahmen zusammenkommen, dann können wir nicht diese Länder zu Trägern der Staatsgewalt machen. Die Staatsgewalt kann mit Wissen und Willen der Sozialdemokratie immer nur vom deutschen Gesamtvolke ausgehen.

Ein neues Deutschland will sich aber zu der Eigenstaatlichkeit nicht erschöpfen. Es will über seine Grenzen hinaus, aber nicht etwa über seine Grenzen hinaus wie Hitler oder der Pangermanismus, sondern es will über seine Grenzen hinaus in freiwilliger Einordnung unter ein höheres Ganzes.

Ein neues Deutschland würde seine höchste Aufgabe darin sehen, Bestandteil zu sein der Vereinigten Staaten Europas.

Dabei sollen sich die führenden Geister im Auslande die eine Erkenntnis immer vor Augen halten, es gibt im Innern des Landes keine Freiheit der Demokratie, wenn nicht die ganze Nation frei ist, und diese freie Nation würde gern alles das aufgehen, was zu einem solchen Zusammenleben notwendig ist.

Wir wollen eine bewußte internationale Politik, und zwar deswegen, weil wir als Voraussetzung dazu als erste Partei in Deutschland den Mut zu einer echten nationalen Selbstbehauptung gehabt haben. Es sollen, und das sage ich zu den aktuellen Problemen, nicht Teile von Deutschland internationalisiert werden, ganz Europa soll internationalisiert werden. Und das ist eine Frage, die jetzt an den deutschen Grenzen entbrennen wird, die bei der Diskussion über Rhein und Ruhr alles überschattet. Hier wird eine Schicksalsfrage entschieden, und ich möchte die Vertreter der Militärregierung bitten, es nicht als eine drohende Geste, sondern als eine tiefste Wahrheit des deutschen Volkes anzusehen, wenn ich sage:

Würden Rhein und Ruhr aus dem nationalen Verbande Deutschlands herausgenommen werden, dann hätte eine deutsche Politik und eine sozialdemokratische Politik überhaupt keinen Zweck mehr.

Dann würde in dem deutschen Volke die Stimmung aufkommen, und wir würden der Stimmung nicht widerstehen: dann soll man uns verwalten, wie man irgendein Kolonialvolk verwaltet.

Wir können die tragische Schuld des Alldeutschtums, der Schwerindustrie, des Imperialismus und des Dritten Reiches doch nicht mit unserer Selbstvernichtung und mit der Zustimmung zu unserer Selbstvernichtung bezahlen. Man kann das Unrecht von heute niemals mit dem Unrecht von gestern begründen.

Was wäre ein solches Deutschland, wenn Rhein und Ruhr verlustig gegangen wären? Das wäre eine dauerhafte Gefahr für Europa. Das wäre nicht die Sicherheit, sondern das wäre die Anti-Sicherheit! Das wäre die Gefährdung nicht deswegen, weil sich deutsche, bewußt revanchistische Aktionen entwickeln würden, sondern deswegen, weil die Deutschen ein Spielball jeder Macht wären, die an ihre revanchistischen Empfindungen appellieren würden. Acht Millionen Deutsche leben allein im Ruhrgebiet. Die politischen Konsequenzen einer solchen Balkanisierung sind also gar nicht auszudenken. Wir sind uns völlig darüber klar, daß die ökonomische Kraft des Ruhrgebiets auf einer ganz anderen Ebene zu diskutieren ist, wie die politische Zugehörigkeit zum Reich. Das Ruhrgebiet ist nun einmal das stärkste industrielle Kraftzentrum Europas. Mit und durch das Ruhrgebiet hat ja auch in früheren besseren Zeiten Europa allein leben können.

Wir Sozialdemokraten erkennen ausdrücklich an, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Ruhrgebietes zur Wiedergutmachung der Zerstörung Europas herangezogen werden müssen.

Wir also würden eine internationale ökonomische Kontrolle der Verteilung der Produktion für richtig halten, aber an dieser Kontrolle müßten auch die Deutschen entsprechend ihrer Bedeutung beteiligt sein. An dem Ergebnis der industriellen Produktion des Ruhrgebietes müßte auch die deutsche Volkswirtschaft teilhaben, denn ohne diese ist sie gar nicht möglich. So wie Europa das Ruhrgebiet braucht, so braucht Deutschland als ein Teil Europas die Mitbeteiligung an diesem Ruhrgebiet.

Und wir müssen eins sagen: Genau so wie wir uns die ökonomische Zukunftsgestaltung nur sozialistisch vorstellen können, genau so wünschen und wollen wir nicht irgendeine Form der Beteiligung des Kapitals an der Kontrolle oder an der Ausbeutung des Ruhrgebiets.

Wir wollen nicht den deutschen Kapitalisten gegen einen ausländischen Kapitalisten austauschen, sondern wir wollen die internationalen Regierungen und die internationalen Arbeiterbewegungen daran beteiligt sehen.

Gerade Rhein und Ruhr sind jetzt der Gegenstand einer nationalistischen Propaganda, einer Propaganda, die nicht ohne Komik ist, weil sie von Leuten mit steifem Genick betrieben wird, die glauben, immer nur nach Westen schauen zu müssen. Es ist ja komisch, aber dumm, wenn man den trüben Mut hat, unter heutigen Verhältnissen den Wunsch auf nationale Behauptung zur nationalistischen Agitation ausarten zu lassen. Dann soll man in der Kopfhaltung etwas beweglicher sein und nach allen Seiten ausschauen. Vor der Periode der politischen Notzucht, vor dieser Periode, Genossen und Genossinnen, da ist auf einmal ein Gerüchtlein aufgetaucht, als ob die deutsche Westgrenze von der Neiße nach der Oder zurückverlegt würde, aber als dann die Vereinigung gekommen war, wurde das Gerücht dementiert.

Dieser ganz neue Nationalismus ist nur ein taktisches Manöver.

Es ist im Grunde nicht einmal ein taktisches Manöver der Deutschenhasser. Es gibt in Deutschland noch einen aktiven Nationalsozialismus aus sozialer Zwangsläufigkeit. Der Klassenkampf der Offiziere, der Klassenkampf der Profiteure des alten Systems, der kann noch nicht tot sein, aber er ist heute, massenpolitisch gesehen, nicht die eigentliche

Gefahr. Er kann Untergrundorganisationen schaffen, aber keine politisch echten, dramatischen und dynamischen Aktionen. Das schlimmste, das sind die Nationalisten, die in neuen Parteien einen Unterschlupf gefunden haben, oder die in einer neuen Partei Nationalisten geworden sind. Den Nationalisten wird die Sozialdemokratie in keiner taktischen Situation und aus keiner wahlpolitischen Opportunität irgendwo und irgendwann Unterschlupf gewähren. Wir wissen, eine deutsche Politik kann es nur mit der Nation und mit der Internationale gegen den Nationalismus geben.

Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß sie die selbstverständliche Tradition seit Jahrzehnten gehabt hat, sowohl eine nationale, wie auch internationale Partei zu sein. Aber sie ist national und international aus denselben Gründen der Ökonomie, der Politik und der Moral. Der neue Nationalismus, wie er heute aus dem Osten zu uns herüberdrängt, findet seinen stärksten Ausdruck bei den vereinigten Kommunisten, die sich jetzt Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED.) nennen. Nun, Genossen, ich brauche Ihnen ja die Entstehungsgeschichte dieser Partei nicht zu schildern, ich will aber ein Wort des menschlichen Verständnisses für die Hunderttausende in der Ostzone sagen.

Dieser neue Nationalismus mit seinen plötzlich auftretenden zentralistischen Tendenzen ist in den drei westlichen Zonen noch nicht lebendig. Er kann lebendig werden, wenn wir versagen und wenn die Welt kein Verständnis für uns hat.

Dieser neue Nationalismus hat ja seine soziale Voraussetzung in dem Abgleiten in Hunger und Verelendung, aber dieser neue Nationalismus ist die Methode, mit der Deutschland einmal, eigentlich zweimal, in der Welt isoliert und zu einem Fluch geworden ist.

Sehen Sie, unsere geschichtliche Aufgabe, das wäre die Gewinnung des deutschen Mittelstandes. Das wäre die Tatsache, das gesellschaftliche Sein, wie es sich aus diesem Kriege entwickelt hat, auch in politisches Bewußtsein umzuwandeln. Das wäre unsere geschichtliche Aufgabe. An dieser geschichtlichen Aufgabe hindert uns jetzt der neue Nationalismus der SED. Wenn wir aus keinem anderen Grunde gegen diese Vereinheitlichung waren, allein die Tatsache, daß diese Vereinigung unter nationalistischem Banner erfolgt, genügt uns schon, nein zu sagen.

Das ist ja politische Amoral, mit dem Gedanken des Sozialismus und des Nationalismus in dieser Weise zu spielen, und es scheint mit das gefährliche Vorbild des Nazismus zu sein, das zu dieser politischen Taktik geführt hat, diese Komponente zwischen sozialistischer Phraseologie und aufgestachelten Nationalismus. Ob sie diese dann Nationalsozialismus oder Nationalkommunismus nennen, ist im Effekt dasselbe.

Ich sage Ihnen,

national und nationalistisch sind im Grundsatz unüberbrückbare Gegensätze.
Wer ein guter Deutscher sein will, darf kein Nationalist sein.

Daß die führenden deutschen Kommunisten drüben und die hinter ihnen stehenden Kräfte das nicht erkannt haben, wundert mich nicht. Seit mehr als 28 Jahren haben die Kommunisten jede Situation in Deutschland und jeden psychologischen Faktor in der deutschen Arbeiterbewegung falsch beurteilt, und sie sind dieser schönen Tradition, alles falsch zu machen, auch diesmal treu geblieben. Und ich muß schon sagen: Gelernt ist gelernt.

Die Methoden, mit denen jetzt die „Einheit" erzeugt worden ist, mit Drohung und Gewalttätigkeit, diese Methoden sind mir zu wenig deutsch. Ob das in Turkestan üblich ist, weiß ich nicht. Bei uns jedenfalls finden diese Methoden Abscheu und Abwehr. Ich will gern zugeben, daß die Theatralik eine gewisse Faszination auf Urteilslose ausüben kann, und ich glaube, daß diese Urteilslosen nicht nur in Deutschland vorhanden sind.

Ich habe an dem Tage des Vereinigten Parteitages in Berlin den Brief von 27 Labour-Abgeordneten gesehen, die in dieser Vereinigung einen Fortschritt für den internationalen Sozialismus und für die Demokratie gesehen haben. Nein, Genossinnen und Genossen, ich will Ihnen eins sagen, zuerst hat mich das sehr ergrimmt und böse gemacht, dann habe ich mir doch gesagt, Gott, es hat ja politisch nicht viel zu bedeuten, denn die 27

sind nur 7 Prozent der Parlaments-Fraktion, und je länger ich mir das überlege, desto mehr komme ich zu dem Entschluß, von den 27 hat bestimmt die Mehrzahl nicht gewußt, was sie überhaupt getan hat, was sie unterschrieben hat. Ganz zum Schluß habe ich für mich selbst noch die Beruhigung gefunden:

Nach diesen furchtbaren 13 Jahren gibt es scheinbar nicht nur in Deutschland Leute, die etwas gelitten haben, sondern auch anderswo.

(Von den 27 Labour-Abgeordneten haben inzwischen 19 ihre Unterschrift mit der Begründung widerrufen, sie seien getäuscht worden.)

Ich erinnere Sie daran, daß wir im Oktober gegenüber dem Führungsanspruch des sogenannten Berliner Zentral-Ausschusses eindeutig so wie auch hier, als auch in der amerikanischen und auch französischen Zone nein gesagt haben. Ich glaube, wir können es für uns beanspruchen, daß dieses Nein eine der wichtigsten Taten in Deutschland gewesen ist. Wenn wir diese Entscheidung damals nicht getroffen hätten, dann würden wir hier in der Atmosphäre der SED. diskutieren, dann müßten wir gewissermaßen, wie unsere Berliner Kameraden, neu anfangen. Aber wir brauchen nicht neu anzufangen. Wir werden mit den Berlinern nicht in der Defensive in allen Fragen bleiben.

Die Inflationszahlen der Mitgliedschaft, die uns jetzt aus dem Osten präsentiert werden, imponieren uns nicht. Sie haben sich ja auch in der Inflation für Milliarden nichts kaufen können. So ist es natürlich auch mit den Mitgliederzahlen einer in ihrer Phantasie unkontrollierten und in ihrem Bestand erzwungenen Partei. Ich sage aber das andere: Was mit so reaktionären Mitteln erzwungen ist, muß auch reaktionäre Konsequenzen zeitigen. Ohne Zweifel wäre ohne diesen Vorgang die Stellung der Sozialdemokratischen Partei im ganzen deutschen Reich besser, und ohne Zweifel, Genossen, würde, wenn wir diesen Vorgang aus dem Osten in den Westen übertragen würden, eine Einheitspartei nur einen Bruchteil der Stimmen bekommen, als sonst die Sozialdemokratische Partei allein bekommt.

Im Osten liegen ja die Dinge ähnlich. Wenn es im Osten zu freien politischen Wahlen käme, dann würden die CDU. und selbst die kümmerlichen Liberaldemokraten diese vereinigte Massenpartei zusammenhauen wie nichts, weil nämlich die Sozialdemokraten, die CDU. und die Liberaldemokraten die meisten Mitglieder haben. Wenn es aber nicht zu freien Wahlen kommt, sondern zu weiteren Transfusionen, dann ist ja der Zustand da, den wir von früher her kennen.

Eine Demokratie mit Einheitspartei oder Einheitsliste ist keine Demokratie, sondern sie ist das Gegenteil, nämlich Diktatur.

Doch dieser Diktatorismus scheint mir eine entstehende Krankheit zu sein. Unsere Berliner Genossen haben ja erfahren, wie sehr diese Leute innerhalb der Partei mit diktatorischen Mitteln gegen sie vorgegangen sind. Sie haben so oft Versicherungen gegeben, die Sozialdemokratische Partei zu erhalten. In Hannover hat mir der jetzige, nicht aus der Kommunistischen Partei kommende Vorsitzende der SED. erklärt: „Ehe ich es zulasse, daß die Sozialdemokratische Partei in der Ostzone kommunistisch würde, löse ich sie auf." Ende Januar hat er dasselbe gegenüber fremden Offizieren und gegenüber anderen Parteiführern erklärt. Ich habe diese Sprüche nie ernst genommen, die Zwangsläufigkeiten schienen mir viel zu stark zu sein und mir schien zu offensichtlich zu sein, daß in der Situation des vorigen Sommers eine Reihe von Menschen von verschiedener Kraft, Begabung und verschiedenem Geist, durch die Situationen temporär bedingt, zusammengelaufen sind und ohne demokratische Legitimation die einzige Partei der Demokraten verschleudert und verhökert hat. Die Diktatur des Proletariats und der aktuelle und der aktive Leninismus, der in ihr lebt, sind ja bloße Phrasen.

Es gibt keine Diktatur des Proletariats. Es gibt nur eine Diktatur über das Proletariat.

Ich will mich hier nicht in historische und geistesgeschichtliche Auseinandersetzungen einlassen, nur muß ich sagen, daß die Leute, die da übergelaufen sind, ganz genau gewußt

haben, daß sie jetzt Hunderttausende von Sozialdemokraten an den diktatorischen Leninismus verkaufen wollen.

In diesem Zusammenhang ein Wort über die traurige Rolle der Gewerkschaften in der Ostzone. Es ist eine schöne Sache, daß in einer Einheitsgewerkschaft alle Richtungen zusammenlaufen und ich respektiere den Willen zur parteipolitischen Neutralität. In Wahrheit aber waren die Gewerkschaften in der Ostzone das Instrument der Eroberung der Sozialdemokratie durch den Kommunismus. Ich möchte hier den Gewerkschaften der Westzone das eine sagen, von Euch hoffen wir mehr, und von Euch erwarten wir mehr. Wir werden in Euren Reihen gute Gewerkschaftler sein, wir werden Euch sozialdemokratische Politik nicht aufzuzwingen versuchen, aber wir werden nicht dulden, daß irgendeine andere politische Richtung das Instrument der Gewerkschaften auch nur andeutungsweise zu beeinflussen sucht.

Wir brauchen starke Gewerkschaften, wir brauchen mutige Gewerkschaften, mutig nicht nur gegenüber dem deutschen Publikum, sondern gegenüber den Besatzungsbehörden. Jawohl, Genossen, das Wort von den Gewerkschaften muß fallen für die Bergarbeiter stärker als bisher, für die Bauarbeiter, für die Landarbeiter. Genossen, wir wollen bei der Beurteilung der Rolle der Gewerkschaften im Osten nicht verweilen. Ich glaube, die schlimmste Beschimpfung, die diese Menschen in ihrem Leben erfahren haben, war nicht einmal die Verprügelung oder die Lästerung durch die Nazis, die schlimmste Beschimpfung war die, daß sie, die 40 oder 30 Jahre als Verräter von den Kommunisten gebrandmarkt worden waren, daß sie auf einmal als bewährte alte Kämpfer der Arbeiterklasse gelobt worden sind. Von dieser Beschimpfung, glaube ich, kann sich ein Mensch nicht wieder erholen.

Es ist seelisch sehr interessant, daß es sich hier um Menschen handelt, die ihr ganzes vergangenes Leben lang ausgesprochene Reformisten waren. Ich möchte jetzt das Wort Reformismus nicht als Gegensatz zwischen einem rechten und linken Flügel der Sozialdemokratie verstanden wissen. Ich glaube, daß Sie es auch nicht so falsch verstehen. Ich meine Reformismus als die Geistesshaltung, die mit der Taktik der Anpassung und des Nachgebens das Großmögliche erreichen möchte. Und diese Männer waren solche Reformisten im kapitalistischen System im Kaiserreich. Sie waren oder wollten solche Reformisten am 1. Mai 1933 sein. Sie sind solche Reformisten jetzt im Frühjahr 1945 gewesen. Sie haben damit die dritte Gleichschaltung glücklich überstanden, Friede ihrer Asche.

Der Kampf um die Macht innerhalb der SED. ist ja schon lange entschieden. Bevor die äußerliche Einigung perfekt war, haben die Führer der KPD. niemals ein Hehl daraus gemacht, daß jetzt die sozialdemokratischen Funktionäre gründlich umgeschult werden müßten. Sie haben das oft erklärt und die Männer des Z.-A. haben das gehört, haben geschwiegen und haben sich geduckt. Ihr dürft doch nicht glauben, daß in einer solchen vereinigten Partei eine solche Chance ist, besonders dann nicht, wenn die gewaltpolitischen Voraussetzungen, wie sie durch die Besatzungsmacht gegeben sind, so gelagert sind, wie in der Ostzone. Damit ist der Kampf von vornherein entschieden. Auf der anderen Seite müßt ihr die andere Art von psychologischem und geistigem Training bei diesen Leuten betrachten. Diese Leute sind dressiert auf Eroberung der Macht, gleichgültig, welche politischen und sozialen Konsequenzen dabei herauskommen, da seht doch die armen Köpfe des Zentral-Ausschusses. Sie meinen, mit Leuten kämpfen zu können, deren Lebensinhalt die Macht und die Eroberung der politischen Macht ist.

Im Februar d. J. habe ich dem Zentralausschuß in Berlin gesagt:

„Von Euch wird in einem halben Jahr kein einziger mehr politisch ein entscheidendes Wort zu sagen haben. Bestenfalls werden einzelne von Euch als politische Attrappen ignorieren dürfen."

Nun, Genossen, wir erleben den Stillstand, wir sehen ihn heute schon. Wir sagen, daß das die gleichen sozialdemokratischen Illusionisten sind, die gedacht haben, man könne unter Adolf Hitler legal die Sozialdemokratische Partei weiterführen, und wie es noch

Friedrich-Ebert-Stiftung

eklatanter geworden ist, bei den Deutschnationalen in der Harzburger Front unter der Regierung von 1933.

Genossen, die Leute, die einmal Sozialdemokraten waren und die sich jetzt in die äußerliche Handhabung der Macht in der SED. teilen, sind tatsächlich schon längst Ersatz-Reserve II. Wir haben jetzt neues Material von den Kommunisten, neues Material, nach dem die Bezirks- und Ortsgruppen angewiesen werden, daß die Kommunistische Partei als die Partei der Kaders innerhalb der SED. bestehen soll, und daß diese selbständige Organisation erstens die Aufgabe hat, die Sozialdemokraten, die früheren Sozialdemokraten dieser Partei, zu bearbeiten, und zweitens diejenigen, die unbelehrbar an den Idealen der Demokratie festhalten, politisch auszuschalten und unschädlich zu machen.

Nun, Genossen, dort, wo es keine Parteidemokratie gibt, dort gibt es überhaupt keine Demokratie. Den Erfolg einer solchen Politik, den Erfolg einer allzu großen Annäherung, sehen Sie vielleicht in den ersten Andeutungen jetzt beim Verfassungs-Volksentscheid in Frankreich, bei dem Volksentscheid, der über die Frage auf Einführung des Einkammer-Systems gefällt wurde. Die Kommunisten und Sozialisten hatten in der Kammer eine sichere Mehrheit, sie haben aber eine Mehrheit von 1,2 Millionen Stimmen gegen sich bekommen. Ich glaube nicht deswegen, weil der französische Staatsbürger ein so guter Staatsrechtler und Politiker ist, der alle Entwicklungen in ihren politischen Konsequenzen übersieht, sondern deswegen, weil man in Frankreich, wie überall in der Welt, wohl einmal kommunistisch wählt, um zu protestieren, um seine Unzufriedenheit auszudrücken gegen jeweilige Zustände, daß man aber um alles in der Welt vermeiden will, Konsequenzen kommunistischer Politik auf sich zu nehmen.

Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, das deutsche Volk als Volk ist mit der Kommunistischen Partei absolut fertig und es ist kein Zufall, daß sie jetzt auf der Suche nach den Blutspendern so energisch und rücksichtlos gewesen ist.

Es gibt für uns Deutsche und für uns Europäer keinen Sozialismus ohne Demokratie, aber die Idee und der Geist der Demokratie involviert von vornherein die Geistesfreiheit und die Freiheit der Kritik.

Ein Sozialismus ohne solche Eigenschaften wäre kein Sozialismus, sondern eine sozialistisch figurierende Attrappe.

Der deutsche Sozialismus ist entstanden aus der klassischen deutschen Philosophie und aus dem Ideengehalt der großen westeuropäischen Revolution, vor allem aus den Ideen vor 1789, wie sie damals an die Öffentlichkeit kamen und die Welt eroberten. Diese Idee der Menschenrechte ist nicht das Ideal der Bürger, aber es gibt darüber hinaus keine Idee besonderer Arbeitsrechte. In den menschlichen Rechten der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit sowie der Menschlichkeit sind auch alle Klassenrechte und Klassenforderungen der Arbeiterschaft mit enthalten. Die Bourgeoisie hat sich in dem Augenblick auch von dieser Idee gelöst, in dem sie selbst eine Herrscherrolle einnahm und ein vierter Stand unter ihr war. Der unterste Stand aber, der vierte Stand, die Partei der armen Leute, will auf diese Menschenrechte nicht verzichten. Es gibt kein Arbeitertum ohne sittliche Werte. Es gibt in einem so europäischen Volke, wie dem deutschen Volke, keinen Verzicht auf sie. Es gibt wohl die Tatsache, daß man kämpft, mit großer Leidenschaft und großer Hingabe kämpft, für soziale Vorteile — zu sterben bereit ist man aber nur für die große Idee der Freiheit.

Man glaubt jetzt mit der Verunglimpfung, mit der moralischen oder physischen Vernichtung einzelner Sozialdemokraten die Bewegung treffen zu können und sie entscheidend zu stören. Das sind außermarxistische und vormarxistische Vorstellungen, die auf deutschem Boden nicht entstanden sind. Das sind Ideen, die in einem Lande entstanden sind, das den eigentlichen Klassenkampf und eine Bourgeoisie nicht gekannt hat, sonst würde dieser Fehler nicht gemacht werden.

Diese Schmutzkübel, die jetzt die Kommunisten ausschütten, werden uns nicht veranlassen, uns auf dieselbe Ebene zu begeben.

Es wäre sehr leicht, einmal die Geschichte der deutschen Konzentrationslager zu schreiben, noch leichter wäre es festzustellen, wie es zu einem zweiten Weltkriege gekommen ist. Dadurch, daß Hitler die Illusion des Einfronten-Kriegs hatte. Am allerleichtesten wäre vielleicht die Geschichte der Dritten Internationale während des ersten Teils des Krieges von 1939 bis 1941 zu schreiben, als die Worte fielen von dem kapitalistisch-imperialistischen England, das zertrümmert werden müßte, und wer der Feind Hitlers sei, sei auch der Feind Rußlands. Es gibt im Militärischen und Politischen verschiedene Methoden des Kampfes und verschiedene Linien. Bekannt und bis zum Überdruß gebraucht ist das Wort von der äußeren und inneren Linie.

Wir sind bereit, auf der inneren und äußeren Linie mit jedermann zu kämpfen, wir sind aber nicht bereit, auf der Dreclinie zu kämpfen.

Die Leute haben eine verhängnisvolle Torheit begangen. Sie haben uns ein Machtmittel in die Hand gegeben. Von dem kleinsten Ort bis zur größten Zone sind wir, wenn es uns nicht paßt, in der Lage, sie zu fragen: „Wollt ihr diese Behauptung aufrecht erhalten?" Dann müssen sie entweder in die Knie gehen oder ja sagen. Dann steht es bei uns, sie entweder als bündnisfähig zu betrachten oder als legitimierte Nazis zu behandeln. Das ist eine gewaltige Sache, die diese Torheit uns in die Hand gegeben hat und so leichten Kampfes kommen die Leute nicht davon.

Es gab auch früher Leute in der Partei und selbst im Herrenzeitalter, die kein Ruhmesblatt waren. Auch da hat man sich Beschuldigungen gefallen lassen müssen, aber man hat damals geglaubt, was man gesagt hat, und das ist der Unterschied.

Ich glaube, man muß diktatorisch erzogen sein, um etwas zu sagen, von dem man weiß, daß das Gegenteil richtig ist.

Neuerdings habe ich wieder Spuren dieser Dinge entdeckt, und zwar bei einem Manne, bei dem man es mit gutem Gewissen eigentlich nicht vermuten sollte. Ich möchte hier nur die bescheidene Anfrage an die Siegermächte richten, wenn zur Vernichtung eines deutschen Politikers ein Subjekt gekauft werden soll, wird es uns auf Reparationskosten angerechnet oder nicht? Einer gewissen Führerschicht der KPD. nehme ich das nicht übel. Wer selbst keine Ehre hat, springt leicht mit der Ehre anderer um. Ich habe als Schüler einmal ein Buch von Emile Zola gelesen und da hieß es: „Wer im öffentlichen Leben steht, muß jeden Morgen nüchtern eine Kröte essen." Ich denke nicht daran, und kein Sozialdemokrat dürfte sie schlucken. Es ist nicht wahr, wie wohlmeinende Optimisten behaupten, daß zwischen uns und den vereinigten Kommunisten nur ein Unterschied des Weges bestand und das gleiche Ziel da wäre. Es gibt nicht ein gleiches Ziel. Dort drüben haben wir eine Form, die sich sozialistisch nennt, die aber nichts weiter ist als Verdummung der Untertanen.

Für uns aber ist Sozialismus die ökonomische Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit.

Ich für meine Person bin Anhänger dieser Auffassung, aber glaubt Ihr, daß ein Sozialismus es wert wäre, erlebt zu werden, wenn er keinen sittlichen Inhalt und kein sittliches Ziel hätte? Jetzt möchte man vergangene Bilder wieder heraufbeschwören und einen Unterschied zwischen reformatorischem und revolutionärem Sozialismus konstruieren. In Wahrheit gibt es keinen anderen Sozialismus als den revolutionären, und der zeigt sich in der Umgestaltung der Welt.

Nun müssen wir sagen, daß die bürgerlichen Parteien letzten Endes eine Form der Verteidigung des Besitzes sind. Viel menschliches Eigentum ist im Kriege verlorengegangen. Diese Leute, die durch das Mitansehen der Leiden so verhärtet sind, lassen jetzt lieber das ganze Volk zugrunde gehen, als daß sie etwas oder Entscheidendes von ihrem Eigentum abgeben. Darüber helfen alle Ideologien der Täuschung, Tarnung und Ablenkung nicht hinweg. Die nationalsozialistische Ideologie wurde früher von ihnen gebraucht. Sie ist nicht tot, aber ihre Verwendung ist jetzt nicht opportun. An ihrer Stelle operiert

man jetzt mit der christlichen Partei. Ich will es offen sagen, ich würde es für eine ganz große Sache halten, wenn in Deutschland Menschen, die nicht unsrer Ansicht oder unserer Denkform sind, aus dem Geiste der Bergpredigt heraus Politik machen würden. Aber es handelt sich nicht darum. Vielleicht haben das beträchtliche Kreise, wir meinen die CDU., tun zu können geglaubt. Aber längst hat sich das Bild geändert, und wir stehen vor der furchtbaren Gefahr für die Moral unseres Volkes und für das sittliche Wiedererstarken, daß die Parteien des Christentums mißverstanden werden. Wir haben die Kirche gewarnt, aber ich glaube nicht, daß erhebliche Kreise der Kirche sich haben warnen lassen. Die Wahlresultate in Bayern und die Methoden, mit der die Wahl der Bekenntnisschulen am Rhein vorgenommen wurde, zeigen ganz deutlich, daß sie sich nicht hat warnen lassen und die Art, wie die CDU. versucht, agitatorisch diese Dinge auszuschlachten, zeigt völlige Unbelehrbarkeit.

Wir gehen also in den Kampf, in den Kampf um eine neue Lastenverteilung, um den Ausgleich zwischen den Nichtbesitzenden und den Besitzenden.

Dieser Kampf läßt jede Möglichkeit offen, wenn er erst entbrannt ist und es ist unsere Aufgabe, den Anfang dieses Kampfes mit allen Mitteln zu beschleunigen. Glauben Sie nicht, daß CDU.-Leute, die besser mit von Papen auf der Anklagebank in Nürnberg säßen, und anständige saubere Demokraten, wie die christlichen Gewerkschaftler, in dieselbe Partei gehören.

Ich glaube nicht, daß die Ideen des Christentums, des Sozialismus und der grundsätzliche Wille zur Demokratie sich mit einer Politik vereinbaren läßt, die vollen Taschen zu verteidigen,

möge entstehen was daraus will. Die CDU. ist ein riesiger Körper, aber ich habe schon einmal bei einer Gelegenheit gesagt, nicht jeder, der aufgeschwemmt ist, ist muskulös und stark. In diese Situation wird die CDU. kommen. Heute zeigt sich schon, daß das Interesse der Besitzbürger und das Interesse der dort untergeschlüpften Reaktionäre die politische Praxis dieser Partei bestimmen werden.

Ich glaube, praktische Christen der Tat haben wir mehr in unseren Reihen. Wir sind bereit, sämtliche Religionen und Weltanschauungen zu respektieren, auch ihre kirchlichen und sonstigen Institutionen mit vollem Respekt zu behandeln. Wir sind aber nicht bereit, uns von jemand von unserem nationalen und klassenmäßigen politischen Wege abdrängen zu lassen.

Die Zulassung der Rechtsparteien halte ich nicht für sehr gefährlich. Es ist wohl psychologisch etwas ungut, wenn man den einen oder anderen Geist von früher herumstolpern sieht in der politischen Arena. Aber es gibt die Möglichkeit einer Kontrolle.

Die große politische Gefahr für Deutschland ist der rechte Flügel der CDU.

Wenn wir es einmal erreichen, daß die Gegensätze zwischen den Siegern sich ausgleichen und wenn wir erreichen, daß wir demokratische Sozialisten im ganzen Reiche sein können und die untauglichen und subjektiv verräterischen Elemente in den Winkel stellen, in den sie gehören, dann ist der Weg frei.

Wir möchten keine Vergiftung der Jugend, weder durch einen neuen Nationalismus, noch durch einen anderen Weg.

Wir möchten an dieser Stelle ein Bekenntnis dazu ablegen, daß wir zu den jungen Menschen Zutrauen haben und daß wir von den Besatzungsmächten Hilfe für sie brauchen. Es hat keinen Zweck, den jungen Menschen, der heute noch nicht dreißig Jahre alt ist, ein ganzes Leben lang zwangsweise zum Gegner des Friedens und der Demokratie zu machen.

Dann wollen wir und sollten die Besatzungsmächte lieber zu den alten hartgesottenen Sündern etwas brutaler sein, zu den Karrieremachern und Geldverdienern,

aber den jungen Burschen und Mädels, denen geht die Chance unseres Lebens.

An die Jugend und an die Frauen richtet sich unser Appell. Wahrscheinlich werden zwei Drittel der kommenden Wählerschaft Frauen sein, und es hat keinen Zweck, Wähler zu haben, die nur aus einer momentanen Stimmung zu uns kommen, sondern wir wollen nur die Wähler haben, die begriffen haben, erstens, daß die Parteien der Freiheit und Demokratie etwas Schöneres sind als das beseitigte Sklaventum.

Zweitens, daß der Frieden etwas Erhabeneres ist, als jedes kriegerische Heldentum oder was so genannt wird, und drittens, daß der Sozialismus, und ein von Menschlichkeit erfüllter Sozialismus, die echteste Form der menschlichen Wirtschaft und der Kultur ist.

Wir wollen diesen Feiertag und ich will diese Rede nicht schließen ohne ein offenes Wort. Unsere deutschen Auffassungen von Sozialismus, Freiheit und Demokratie werden nicht überall in der Welt geteilt. Man soll uns keine falschen Gegensätze einreden. Wir beurteilen beispielsweise die Politik der Russen in ihrem Lande nicht mit den Augen unserer Freunde, der Menschewiken, wir lassen Rußland auf russische Art selig werden, aber wir Europäer wollen auf europäische Art selig werden.

Für uns gibt es viele Erscheinungen in der Kultur, im Geistesleben der Welt, in der Arbeit, von denen wir lernen wollen, aber für uns gibt es keine Vorbilder, die wir sklavisch nachahmen wollen. Für uns gibt es kein Vaterland der Werktätigen. Wir gehen sogar so weit, daß für uns nicht einmal die Labour-Party ein Vorbild ist, das wir sklavisch nachahmen, sondern wir wollen so werden, wie wir sein müssen.

Wir wollen offen und einmütig mit allen anderen zusammenarbeiten.

Wenn wir das tun, dann erfüllen wir eine Verpflichtung nicht nur gegenüber der Partei und unserer Klasse, sondern gegenüber unserem Volke und unserem Blute. Wenn wir es erreichen, ein freiheitsliebendes, demokratisches und friedfertiges Deutschland in Europa zu haben, dann ist es eine größere und wertvollere Reparation als alle Maschinen. **Darum müssen wir jetzt kämpfen.**

Es gibt kein Primat der Taktik. Man kann nicht mit kleinen Manövern und Schlauheiten die Gesellschaft ändern.

Wir sind eine Partei wie alle anderen, wir haben keine totalitären Machtansprüche, aber eine große Konzeption von Sozialismus und Demokratie in Deutschland und in der Welt, und diese Konzeption und die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sollen uns in unserem Lande und in der Welt Vertrauen schaffen.

Wir haben auch einen Machtwillen, einen sozialistischen Machtwillen, wie dieses Wort in Deutschland ausgesprochen ist.

Wir wollen nicht die Macht um der Macht willen, sondern wir wollen endlich einmal in diesem Land dem Recht Macht geben.

Die Sozialdemokratische Partei wird der entscheidende Faktor Deutschlands, oder aus Deutschland wird nichts, und Europa wird ein Herd der Unruhe und Fäulnis. Darum rufe ich Euch zu: Für Demokratie und Sozialismus!

Genossen, an die Arbeit!

1418 Druckerei C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr